vergebens gewesen sei, die Türken hätten sie [illegible]. Im Namen aller Alliierten nehme er davon Kenntnis, daß die Hauptklauseln des Projektes angenommen worden und eine Einigung nunmehr sicher erscheine. Im gleichen Sinne sprachen sich Garroni-Italien, Hayashi-Japan, Ninčitsch-Jugoslawien und Duca-Rumänien aus. Der amtliche Bericht läßt nicht erkennen, ob diese Sitzung nun wirklich die letzte war und was weiter erfolgen wird. Aus den Erklärungen der verschiedenen Delegationen geht jedoch hervor, daß tatsächlich keine Sitzung über die Meerengenfrage mehr stattfinden soll, und das noch bestehende Meinungsverschiedenheiten in privaten Verhandlungen zwischen den Alliierten und Türken behoben werden sollen, die übrigens darauf hinauskommen, daß man die Russen endgültig aus der Meerengenfrage ausschalten will. Viel bemerkt wurde, daß die russische Delegation in der Mittwoch-Sitzung nicht das Wort ergriff.

Kleine politische Meldungen.

Gesetzentwurf gegen aufkaufende Ausländer. Dem Treiben der Ausländer, die in Deutschland Wertmetalle zur Ausfuhr um jeden Papierpreis ankaufen, soll endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Das Reichswirtschaftsministerium wird dazu alsbald dem Reichsrat einen Gesetzentwurf vorlegen. Preußen versucht bereits, den schädigenden Unfug einzuschränken.

Aus Rußland. Die Sowjetregierung hat für den Februar 1923 eine allgemeine Volkszählung für das Gesamtgebiet der Sowjetrepublik angeordnet.

Unruhen in Indien. Die unterdrückte, aber nicht erstickte nationalistische Gährung in Indien hat zu einem lokalen Ausbruch geführt. Die Engländer sind gegen sie mit derselben Grausamkeit vorgegangen, die schon General Allenby vor Jahresfrist geübt hat. Sie haben 16 Flugzeuge über die rebellischen Dörfer geschickt. Die Bombenwürfe haben viele Eingeborene, deren Leben den Engländern bekanntlich nicht viel gilt, getötet und verwundet.

Von Stadt und Land.

Aue, 22. Dezember 1922.

In eigener Sache.

Die Kirchgemeinde St. Nikolai macht unserem Verlage eine sonderbare Weihnachtsfreude und benutzt die Weihnachtszeit, einer Tageszeitung einen Fußtritt zu versetzen, für Dienste, die sie lange Jahre unentwegt, viele Jahre davon ganz ohne Kosten, der Kirchgemeinde geleistet hat. Sie macht im Kirchenboten Nr. 1 1922 folgendes bekannt:

„Nach der neuen Preisforderung des Auer Tageblattes würden uns die Kirchennachrichten dort wöchentlich 300 bis 400 Mark kosten. Da jetzt möglichst sparsam gewirtschaftet werden muß, hat die Kirchengemeindevertretung beschlossen, vom 1. Januar 1923 an die Kirchennachrichten nicht mehr im „Auer Tageblatt", sondern nur im „Erzgebirgischen Volksfreund" zu veröffentlichen."

Das Auer Tageblatt ist Verkündigungsblatt des Rates der Stadt Aue und des Amtsgerichts Aue. Daß es naheliegend ist, in diesem Blatte die Kirchennachrichten zu veröffentlichen, werden unsere geschätzten Leser für selbstverständlich finden, sie können es sogar, soweit sie Kirchgemeindemitglieder sind, verlangen. Die von dem Verlage neuerdings verlangte Bezahlung ist für den Etat der Kirche eine verschwindend kleine Summe und auch für uns nur eine kleine Entschädigung, nachdem unser Verlag einen Nachlaß von 80 bis 90 % der Summe, die für den von den Nachrichten eingenommenen Platz zu bezahlen wäre, abgerechnet hat. Daß ein Konkurrenzblatt noch weniger oder gar nichts für seine Dienste der Kirche gegenüber beansprucht, wird zum Verständnis der Maßnahmen der Kirchgemeinde noch nicht genügen. Es bleiben Fragen, wie der Kirchenvorstand zu seinem Beschlusse kommen konnte, für den Fernstehenden sowohl als auch für unseren Verlag offen.

In einer mündlichen Verhandlung mit dem Vertreter der Kirchgemeinde betonte dieser, daß es Pflicht unseres Verlages sei, die Leser des Auer Tageblattes von den Veranstaltungen der Kirche zu unterrichten. Versäumten wir diese Pflicht, so würden sich die Leser von unserer Zeitung abwenden. Wir hoffen auf die bessere Einsicht unserer geschätzten Leser, die es ausnahmslos verstehen werden, daß uns unentgeltliche Dienstleistungen nicht in die Lage versetzen, Papier, Löhne und Unkosten zu bezahlen, und daß es niemand, am wenigsten eine Kirchgemeinde verantworten kann, aus einer sich durch Konkurrenzverhältnisse ergebenden etwaigen Notlage Nutzen zu ziehen. Wenn der Vorstand der Kirchgemeinde St. Nicolai den Wunsch haben sollte, durch seinen Beschluß dem Auer Tageblatt Leser abzuziehen und dem Konkurrenzblatt, das sich ihr so dienstwillig zeigt, solche zuzuführen, so vertrauen wir darauf, daß uns unsere geschätzten Leser ihre Treue doch bewahren. Gerade in Hinsicht auf die Folgerungen des Kirchenvorstandes hielten wir es für unserer unwürdig, dem Ansinnen, weiterhin so gut wie umsonst dem Kirchenvorstande zu dienen, stattzugeben.

• • •

Der Sängerchor Aue wird bei günstigem Wetter am heiligen Abend ½8 Uhr auf dem Markt einige Weihnachtslieder zu Gehör bringen. Er glaubt dadurch der erzgebirgischen Weihnachtsstimmung Rechnung tragen zu können.

Die Wiederherstellung des Sparkassengeheimnisses ist schon immer gefordert worden. Durch die Zurückhaltung großer Geldbeträge im Privatbesitze wird die Entwicklung der Sparkassen ganz sicher gehemmt. Nachdem nun auch die Reichsbank in einer Denkschrift die der deutschen Volkswirtschaft durch die Aufhebung des Sparkassengeheimnisses zugefügten Schäden dargelegt hat, ist jetzt die Reichsregierung und der Reichstag dieser überaus wichtigen Frage näher getreten. Wie wir erfahren, hat sich bereits der XI. Ausschuß des Reichstages mit der bezeichneten Frage befaßt. Auch ist schon innerhalb der Reichsregierung ein besonderes Gesetz in Aussicht genommen, welches diese Frage regeln soll.

Von der Sparkasse Aue wird uns mitgeteilt: Nach § 13 Absatz 1 Nr. 5a des Einkommensteuergesetzes vom 20./7. 1922 können am Gesamtbetrage der Einkünfte eines Steuerpflichtigen Spareinlagen bis zu 8000 Mark jährlich in Abzug gebracht werden, sofern die Rückzahlung des Kapitals erst nach dem Tode des Guthabeneigentümers oder im Falle des Erlebens [illegible] 12 Jahren [illegible] auf 15000 Mark [illegible] dem Reichstage vorgeschlagen, [illegible] bis zu 40000 Mk. von der Einkommensteuer zu befreien. Mit diesen Beschlüssen wird sich nunmehr noch der Reichstag befassen.

Achtung! Landwirte! Die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei schreibt: Die Klagen wollen nicht verstummen, daß Landwirte Kartoffeln zurückhalten, um später höhere Preise zu erzielen. Solche Landwirte verstoßen gegen die Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 und das Reichsgesetz vom 21. Dezember 1921 und können deshalb mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu zwei Millionen Mark, in besonders schweren Fällen auch mit Zuchthaus bestraft werden. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat die Amtshauptmannschaften und Stadträte zu besonderer Aufmerksamkeit veranlaßt, damit sie ihnen bekannt werdende Fälle sofort an die Strafverfolgungsbehörde weiterleiten.

Fahrplanänderung. Die Eisenbahnverwaltung teilt uns mit: Ab 1. Januar 1923 verkehrt der Personenzug 2001 (Schwarzenberg — Werdau) von Schwarzenberg bis Aue 8 Minuten zeitiger. Er fährt ab Schwarzenberg 4.18 und trifft 4.26 vorm. in Aue ein.

Heimatdank — Frauendank. Der Verein Heimatdank für die Stadt Aue, in welchem vor mehreren Monaten auch die Ortsgruppe Aue des Vereins Frauendank aufgegangen ist, hielt gestern abend im Stadthause seine Jahres-Hauptversammlung ab. Dem hierbei erstatteten Jahresberichte sei entnommen, daß der Verein auch im letzten Geschäftsjahr seiner Aufgabe, in seinem Bereiche unter den Opfern des Krieges die Not zu lindern, gerecht geworden ist. An 189 Familien hat der Verein mit Beträgen von 20 bis 1000 Mk. Barunterstützungen gewährt, daneben auch in einer Reihe von Fällen Sachunterstützungen. Die fortgeschrittene Geldentwertung erfordert aber weit höhere Mittel, als seither zur Verfügung gestanden haben, sodaß der Verein alle Menschenfreunde zu opferwilliger Nächstenliebe aufruft. Ihm zugedachte Spenden nehmen jederzeit gern der Vereinsvorstand, Frau Bürgermeister Hofmann und der Geschäftsführer des Vereins, Standesbeamter und Verwaltungsinspektor Hennig, entgegen; auch können Beträge dem Konto Nr. 47 bei der Stadtgirokasse überwiesen werden.

Schnitzereiausstellung in Annaberg. Unter der rührigen Leitung des Annaberger Krippenvereins fand eine Schnitzereiausstellung in den Räumen der dortigen Posamentenschule statt. Hervorragende Arbeiten von Erzgebirgstypen, in den verschiedensten Auffassungen waren in recht ansehnlicher Zahl zur Schau gestellt. Die Annaberger Schnitzschule hatte ebenfalls ihre Erzeugnisse zur Ausstellung gebracht, dieselben ließen den regen Geist und den Eifer der Schüler durch recht erfreuliche Arbeiten erkennen. Schnitzereien von Schülern, die erst wenige Wochen das Messer führen, zeigen, daß mit Liebe, Lust und Geschick in verhältnismäßig recht kurzer Zeit Gutes zu leisten ist. Die im ganzen Erzgebirge weit verbreitete Schnitzerei hat in den letzten Jahren einen ungeahnten Aufschwung genommen, denn das kunstliebende Publikum hat den Wert der Schnitzerei kennen und schätzen gelernt. Die handgeschnitzten Figuren sind auch höher zu bewerten, wie z. B. Bronze- oder Porzellanfiguren, welche nach einem Modell in beliebiger Anzahl vervielfältigt werden können, während in der Schnitzerei, ebenso wie in der Bildhauerkunst jedes einzelne Stück unter der Hand seines Meisters erstehen muß. Wenn auch heute noch nicht alles, was sich unter dem Messer bildet, von künstlerischem Wert ist, so besitzen wir doch bereits eine ganze Anzahl hervorragender Schnitzer im Erzgebirge. Auch der Museumsverein Aue hatte auf seiner diesjährigen Ausstellung recht gute Werke Auer Schnitzer gezeigt. Das fortschreitende Interesse der Schnitzer und des kunstliebenden Publikums läßt vermuten, daß diese schöne Kunst in noch recht weite Kreise eindringen wird.

Volkshochschulchor Aue. Musikdirektor Mättig aus Schneeberg hat die Leitung des Volkhochschulchores Aue, den er gegründet hat und von bescheidenen Anfängen bis zu schweren Chorwerken, Brahmschen Gesängen und alten Madrigalen gebracht hat, aus Gesundheitsrücksichten noch vor Weihnachten niederlegen müssen. Organist Junghans aus Schneeberg wird künftig den Chor dirigieren und Mitte Januar die ersten Singstunden abhalten.

Weihnachtsvergnügen. Die Sängerabteilung des Turnvereins „Jahn" in Aue hält, wie alljährlich am 1. Weihnachtsfeiertag ein Weihnachtsvergnügen ab. Es ist überall bekannt, daß die Sängerabteilung des Turnvereins „Jahn" was zu leisten vermag. Wer sich ein Paar vergnügte Stunden machen will, dem wird empfohlen, sich pünktlich um 7 Uhr im Muldental einzufinden.

• •

Lauter. Für die Notleidenden der Gemeinde ist eine Sammlung im Gange. Bis jetzt sind von der Industrie allein 1000000 Mark gespendet worden. In Handels- und Wirtschaftskreisen, Arbeiter- und Beamtenkreisen ist die Sammlung noch nicht abgeschlossen.

Leipzig. Polizeiliche Beaufsichtigung der Wohnungsumzüge. In Zukunft werden hier sämtliche Wohnungsumzüge polizeilich überwacht werden. Bei dem Umzuge müssen der Vermieter sowohl wie der Mieter die vom Wohnungsnachweis ausgestellte Genehmigung zum Beziehen der Wohnung bei sich führen. Falls diese Ausweise den Beamten nicht vorgelegt werden können, haben die Beteiligten sofortige Sperrung bzw. Versiegelung der betreffenden Wohnung zu gewärtigen.

Rentenerhöhung für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen teilt uns mit:

Mit Wirkung vom 1. Januar 1923 wird die Teuerungszulage nach § 37 des Reichsversorgungsgesetzes für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene so erhöht, daß die Ende Dezember zahlbaren Januarbeträge zum doppelten Betrag der Ende November ausgezahlten Renten gewährt werden. Damit ist der 4fache Betrag der im Reichsversorgungsgesetz vorgesehenen Grundrenten und der Teuerungszulage von [illegible] % erreicht. Die Zulagen, die [illegible] für den Führhund und das Pflegegeld werden [illegible] in der bisherigen Höhe (das 12fache des ursprünglichen Betrages) weitergewährt.

Die durch die Fürsorgestellen an die bedürftigen Beschädigten zahlbaren Teuerungszuschüsse werden mit Wirkung vom 1. Dezember 1922 wie folgt erhöht:

Kriegsbeschäd. v. 30—80 %	Mk. 2800	Nachz. Mk. 600
„ mit mehr als 80 %	„ 3700	„ „ 900
„ die nur auf die Rente angewiesen sind	Mk. 7600	Nachz. Mk. 1200
Witwen	„ 3800	„ „ 600
Witwen, nur auf die Rente angewiesen	„ 5700	„ „ 900
Halbwaisen	„ 2400	„ „ 400
Vollwaisen	„ 3600	„ „ 600
Ein Elternteil	„ 3000	„ „ 500
Beide Elternteile	„ 4900	„ „ 800
Empfänger eines Uebergangsgeldes, Hausgeldes, einer Witwenbeihilfe	Mk. 3600	Nachz. Mk. 600
Kinderzuschuß der Schwerb. und Empfänger eines Hausgeldes oder Uebergangsgeldes	Mk. 2000	Nachz. Mk. 400

Die allgemeine Rentenerhöhung ist bei der Bemessung der Teuerungszuschüsse berücksichtigt worden. Die Hauptfürsorgestellen sind vom Reichsarbeitsministerium telegraphisch ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß die Nachzahlung auf die Teuerungszuschüsse noch vor Weihnachten zur Auszahlung gelangen.

Die erhöhten Renten werden ohne besondere Berechnung durch die Versorgungsbehörden auf den Postämtern ausgezahlt.

Letzte Drahtnachrichten.

Der Etat für 1923.

Berlin, 22. Dezember. Der Reichsrat hat heute den Etatvoranschlag für 1923 angenommen, der vor mehreren Monaten aufgestellt worden ist. Der Mehrbedarf infolge der fortschreitenden Geldentwertung soll durch Einstellen von Ausgleichsfonds gedeckt werden. Im ordentlichen Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung beträgt dieser insgesamt 92,2 Milliarden Mark, im außerordentlichen Haushalt 10 Milliarden Mark. Im Postetat enthält der ordentliche Etat einen Ausgleichsfonds von 4,07 Milliarden, der Eisenbahnetat im ordentlichen Etat einen Ausgleichsfonds von 507 Milliarden, im außerordentlichen Etat von 241 Milliarden, der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages im ordentlichen Etat einen Ausgleichsfonds von 20 Milliarden, im außerordentlichen Etat von 60 Milliarden. Der gesamte Ausgabebedarf des Haushaltes der allgemeinen Reichsverwaltung übersteigt zum ersten Mal 1 Billion Mark.

Poincaré spricht.

Paris, 21. Dezember. Der Senat begann in später Nachmittagsstunde mit der Beratung der vorliegenden drei Interpellationen über die auswärtige Politik der Regierung. Ministerpräsident Poincaré erklärte, daß er seine Erklärungen in der Kammer vor dem Senat aufrechterhalte, von denen er nichts zurückzunehmen und denen er nichts hinzuzufügen habe. Deutschland führe seine Verpflichtungen nicht aus und bemühe sich, alle Reparationen hinauszuzögern. Sei das vielleicht der Augenblick, um Deutschland ohne Gegenleistung ein neues Moratorium zu bewilligen? Werde Deutschland das Moratorium dazu benutzen, seine Finanzen zu sanieren? Man müsse Deutschland einer effektiven Kontrolle unterwerfen. Deutschland habe Domanialgüter, über die nach Artikel 248 des Friedensvertrages die Alliierten ein Privilegium ersten Ranges besäßen. Er werde von den Alliierten verlangen, mit Frankreich diese Pfänder zu nehmen oder Frankreich sie auf ein gemeinsames Konto nehmen zu lassen. Es sei wünschenswert, daß Deutschland Kapital erlange, aber das solle nicht besagen, daß die Reparationsfrage in die Hände der Bankiers übergehen soll. Die Reparationsfrage werde Gegenstand der Verhandlungen am 2. Januar bilden, dann würde auch über die interalliierten Schulden gesprochen werden. Poincaré behauptete, daß er weitgehendstes Entgegenkommen hierin gefunden habe, und daß man nicht mehr auf Amerika warten wolle, um die Frage der europäischen Schulden zu regeln. Es würde unzulässig sein, wenn Frankreich seine Schulden bezahlen müßte, bevor es selbst Entschädigung erlangt habe. Poincaré schloß, er sei sicher, daß die Verhandlungen im Gefühle des Einvernehmens und gegenseitigen Vertrauens fortgesetzt werden. Wenn Meinungsverschiedenheiten aufkämen, werde man darüber wachen, daß sie niemals in Uneinigkeit ausarten. Darauf wurde der Regierung durch Annahme der einfachen Tagesordnung mit Handaufheben das Vertrauen ausgesprochen.

Zeitungsverbot wegen Beleidigung Dr. Wirths.

Breslau, 22. Dezember. Der Oberpräsident von Niederschlesien verbot die Schlesische Volksstimme in Breslau wegen Verleumdung des früheren Reichskanzler Dr. Wirth und des preußischen Ministers des Innern Severing auf 4 Monate.

Protest der Gemeinde Haatsch.

Berlin, 22. Dezember. Nach einer Meldung der Vossischen Zeitung aus Breslau hat die Entscheidung der interalliierten Grenzkommission, wonach die Gemeinde Haatsch der Tschechoslowakei einverleibt wird, in Haatsch und im gesamten Kreis Ratibor die größte Erregung hervorgerufen. Im Auftrag der Gemeinde begab sich eine Deputation nach Berlin, um die maßgebenden Stellen aufzufordern, eine sofortige Revision der ungerechten Entscheidung durchzusetzen. Der Ratiborer Kreistag beschloß einstimmig die Absendung eines Protesttelegrammes.

Der Dollar notierte heute vormittag in Berlin vorbörslich mit [illegible].

Dr. Bahr's Zahnpulver »Nr. 23«

Erprobtes Mittel, um die Zähne gesund und weiß zu erhalten. Zahnsteinlösend, desinfiziert die Mundhöhle, ist im Gebrauch billiger als Zahnpasta.

In Aue: [illegible]-Drogerie; Drogerie Erler & Co., Markt; [illegible] Gustav Otto. In Lauter: Kronen-Apotheke; [illegible]-Drogerie; Adler-Drogerie. In Lößnitz: Drogerie [illegible] Uhlmann. In [illegible]: Drogerie [illegible].